

Heidi Klein und Tillmann Höntzsch

Fliegende Wechsel – die Drehtür kreist

Zwei Jahre danach – Was macht die Ex-Regierung Schröder II heute?

Vor fast zwei Jahren – am Dienstag den 22. November 2005 – wurde Angela Merkel als neue Bundeskanzlerin vereidigt. Genau einen Tag später kündigte Ex-Kanzler Schröder an, sein Bundestagsmandat niederzulegen. Und wiederum einen Tag später konnten die Bürgerinnen und Bürger in einem Interview mit dem Verleger Ringier erfahren, dass Schröder ab 1. Januar für die Verlagsgruppe Ringier AG als Berater arbeiten wird. Ganz offen ließ Ringier darin verlauten, dass Schröder als „Türöffner“ geholt worden sei. Als kurz darauf der Wechsel des Altbundeskanzlers an die Spitze des Aufsichtsrates der deutsch-russischen Gesellschaft für Bau und Betrieb der Ostsee-Gaspipeline (NEGP, heute Nord Stream AG, einem Beteiligungsunternehmen von Gazprom, BASF und E.ON) bekannt wurde, löste dies einen Sturm der Entrüstung in Medien und Öffentlichkeit aus. Von einem „Geschmäckle“ über einen „Hauch von Korruption“ (Dirk Niebel) bis zu „lupenreiner Vetternwirtschaft“ (Reinhard Bütikofer) lauteten die Vorwürfe. Und selbst den eigenen Parteifreunden (Struck: „Ich hätte es nicht gemacht“) war der Wechsel nicht ganz geheuer: Denn es war Schröder, der während seiner zweiten Amtszeit das milliarden schwere Pipelineprojekt massiv vorangetrieben hatte. Erst im September 2005 wurde das Bauabkommen im Beisein Schröders und Putins unterzeichnet. Doch Schröder ist nur der prominenteste Fall von ehemaligen Politiker/innen, die mit einem fliegenden Wechsel ihr Insiderwissen und ihre Verbindungen zu den Schaltstellen der Politik vergolden und in Einfluss für starke Interessengruppen und Großunternehmen verwandeln.

Die Aufregung nach Schröders Wechsel hat sich inzwischen gelegt, die Parteien haben das Thema beerdigt – obwohl in der Folge noch zahlreiche ehemalige Regierungsmitglieder Lobby-Tätigkeiten übernahmen oder eigene Beratungsfirmen gründeten. In jüngster Zeit machten Ex-Innenminister Otto Schily (SPD) und Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne) von sich reden (siehe unten). LobbyControl hat deshalb den zweiten Jahrestag des Regierungswechsels zum Anlass genommen, das Problem systematisch aufzubereiten und zu analysieren: Welche Tätigkeiten üben die ehemaligen Regierungsmitglieder des rot-grünen Kabinetts (inklusive der Staatssekretäre) heute aus? In welchem Ausmaß haben sie ihrer Politik-Karriere eine Lobby-Tätigkeit angeschlossen?

Zunächst soll jedoch erläutert werden, worin das Problem der kreisenden „Drehtür“ zwischen Politik und Unternehmen oder Lobbyorganisationen besteht und welche rudimentären Regeln es gibt und für wen sie gelten (oder eben nicht). Anschließend beleuchten wir einige besonders interessante Wechsel-Fälle aus der letzten Rot-Grünen Regierung ein wenig näher (S. 4ff). Kurze Exkurse zei-

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

gen das Ausmaß dieser Praxis über das Schröder II-Kabinett hinaus. Schließlich erläutern wir unsere Forderungen nach verbindlichen Regelungen, die dringend nötig sind, um der Drehtür zumindest für besonders privilegiertes Personal einen Riegel vorzuschieben (S. 13).

Die Drehtür – Privilegien für Unternehmen, Schaden für die Demokratie

Als „Drehtür-Effekt“ - oder im Englischen „Revolving Door“ - wird der fliegende Wechsel von Führungspersonen zwischen Politik und Wirtschaft bezeichnet. Die Drehtür kreist in beide Richtungen (siehe Fall Zitzelsberger S. 9) – beide Richtungen sind im Hinblick auf demokratische Willensbildung problematisch, wenngleich meist nur der Wechsel aus der Politik in Unternehmen oder Lobbyorganisationen kritisch diskutiert wird. Auch in diesem Papier konzentrieren wir uns auf die Wechsel von der Politik in die Wirtschaft. Obwohl die jeweiligen Tätigkeitsfelder ehemaliger Politikerinnen und Politiker sich unterscheiden, haben sie eines gemeinsam: sie schaffen für eine sehr begrenzte Interessengruppe einen besonderen, privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen und -arenen. Die Problematik wird in folgenden Punkten deutlich:

- 1) Ehemalige Spitzenpolitiker/innen sind für Unternehmen als Lobbyisten, Berater oder Mitglieder im Vorstand oder Aufsichtsrat deshalb so beliebt, weil sie zwei unbezahlbare Ressourcen mitbringen: erstens detaillierte Kenntnisse über interne Abläufe in politischen Prozessen und zweitens noch warme Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern. Damit sichern sich die Unternehmen einen besonderen Zugang zur Politik, der sie gegenüber anderen Interessen privilegiert. Das Schwätzchen mit dem ehemaligen Politiker-Kollegen auf den Fluren des Bundestages kann mehr wert sein, als seitenlange Stellungnahmen oder Eingaben bei Anhörungen. Abgeordnete bekommen nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag einen Ehemaligen-Hausausweis, der ihnen weiterhin den Zugang zu den Räumlichkeiten des Bundestages sichert. Wenn sie wollen, haben „Ehemalige“ auch zur Parlamentarischen Gesellschaft mit ihren Treffräumen und Kneipe Zugang.
- 2) Dieser besondere Zugang zur Politik steht nur bestimmten ohnehin starken Interessengruppen offen, denn die für ehemalige Spitzenpolitiker/innen attraktive Jobs können nur finanzstarke und profilierte Akteure anbieten – dies sind in der Regel große Unternehmen oder Wirtschaftsverbände. Die bestehenden Machtstrukturen werden so verfestigt und verstärkt.
- 3) Durch die Möglichkeit, nach dem Ausscheiden aus der Politik direkt in einen lukrativen Job bei einem Unternehmen oder einer Lobby-Agentur zu wechseln, besteht für Politiker/innen der Anreiz, schon während ihrer politischen Tätigkeit ihre späteren Jobchancen zu optimieren. Entscheidungen zum Vorteil bestimmter Unternehmen sind dabei die direkteste Form der Begünstigung. Auch die Schaffung besonders unternehmerfreundli-

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

cher Rahmenbedingungen qualifiziert Politiker/innen für spätere hoch dotierte Unternehmenstätigkeiten. Hier liegt der Verdacht auf der Hand, dass bei politischen Entscheidungen der Seitenblick auf die späteren Jobchancen zu einem bedeutenden Faktor wird.

- 4) Allein der Verdacht, Politiker/innen könnten im Hinblick auf spätere lukrative Jobaussichten bei Unternehmen Entscheidungen zu deren Gunsten fällen und nach dem Seitenwechsel mit besonders günstigen Erfolgsaussichten politische Entscheidungen beeinflussen, schädigt die Demokratie und das Vertrauen in demokratische Prozesse. Noch schlimmer ist, dass dies tatsächlich und nicht nur in Einzelfällen passiert, ohne dass diese Form der Vorteilsbeschaffung als Korruption gewertet und geahndet wird.

Das Kabinett Schröder II – Wo sind sie geblieben?

Das rot-grüne Kabinett in der zweiten Legislaturperiode bestand aus 63 Minister/innen und Staatssekretär/innen (incl. Bundeskanzler und Staatsminister). 19 davon sind auch nach dem Regierungswechsel 2005 als Minister oder Staatssekretäre im Amt. Von den 44 übrigen, die ihren Posten nach der Neuwahl abgegeben haben, sind 22 weiterhin in politischen Institutionen oder der öffentlichen Verwaltung tätig. Von denen, die ihre politische Laufbahn verlassen haben, sind nach unserer Zuordnung 12 klar in Lobbytätigkeiten oder Tätigkeiten mit starkem Lobbybezug gewechselt. Drei weitere üben Tätigkeiten aus, die unserer Beurteilung nach Lobbyaspekte beinhalten, auch wenn es keine primären Lobbytätigkeiten sind. Es verbleiben sieben, die sonstigen Tätigkeiten nachgehen bzw. sich als Pensionäre zurückgezogen haben.

Diejenigen, die Lobbytätigkeiten im engeren oder weiteren Sinne ausüben, sind zu weit überwiegendem Teil in Bereichen tätig, die sich mit dem frühen politischen Zuständigkeitsbereich überschneiden und/oder in denen der/die Wechselnde an branchenrelevanten Entscheidungen beteiligt war. Außerdem sind sie fast ausschließlich für Unternehmen, Unternehmensverbände und unternehmensnahe Denkfabriken tätig. Eine Ausnahme ist ein Wechsel zu einem Umweltverband.

Die Grenzziehung zwischen den Gruppen, insbesondere zwischen Lobbytätigkeit, Tätigkeit mit Lobbyaspekt und sonstiger Tätigkeit ist in einzelnen Fällen schwierig. Das ist zu einem wesentlichen Teil der Tatsache geschuldet, dass die betreffenden Personen häufig weder Willens noch grundsätzlich verpflichtet sind, genauere Auskünfte über den Inhalt ihrer Tätigkeiten zu geben. Umfassende Transparenz ist nötig, um eine differenziertere Betrachtung des Drehtür-Phänomens in seinem Ausmaß und seinen Ausprägungen zu ermöglichen. Die Übersichts-Tabelle im Anhang mit einer Auflistung aller (ehemaligen) Minister/innen und Staatssekretär/innen gibt jedem und jeder die Möglichkeit, sich auf der Basis der uns vorliegenden Informationen ein eigenes Bild zu machen.

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

Im Folgenden gehen wir auf einige Fälle näher ein, die das Problem besonders deutlich machen:

Gerhard Schröder: Türöffner und gut bezahlter Wegbereiter

Gerhard Schröders Wechsel von der Politik in die Wirtschaft ist wohl das bekannteste Beispiel, wie das Prinzip der Drehtür funktioniert und wo die Gefahren liegen: In seiner Funktion als Bundeskanzler hatte Schröder zusammen mit Russlands Präsident Putin das Projekt einer Erdgaspipeline durch die Ostsee massiv gefördert. Im September 2005 waren beide anwesend, als der Vertrag zum Bau der Nordeuropäischen Gaspipeline (NEGP, später Nord Stream Pipeline) von den Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, E.on und BASF in Berlin unterzeichnet wurde. Die Betreiberin ist die Nord Stream AG mit Sitz in der Steueroase Zug/Schweiz, an der Gazprom 51% und E.on und BASF je 24,5% der Anteile halten. Nachdem Schröder im November aus dem Amt geschieden war und sein Bundestagsmandat niedergelegt hatte, wurde im Dezember 2005 bekannt, dass er im März 2006 den Vorsitz im Aufsichtsrat der Nord Stream AG, also genau jener Firma, die die Eigentümerin und Betreiberin der Ostseepipeline ist, übernehmen wird.

Auch der Verleger Ringier sicherte sich die Dienste des Ex-Kanzlers, indem er ihn ab Januar 2006 als Berater engagierte. Im Februar 2006 konnte außerdem der Vorsitzende des RAG-Vorstands und ehemalige Wirtschaftsminister im Schröder I-Kabinett (1998-2002) Werner Müller Schröder als Rechtsberater gewinnen. Schröder beriet den RAG-Konzern bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung über den geplanten Börsengang des Chemie- und Energieunternehmens. Dies geschah nach Aussage eines RAG-Sprechers unentgeltlich und ohne Beratervertrag. Weiteres Geld verdient Schröder hingegen als Mitglied im europäischen Beirat der Rothschild-Investmentbank. Außerdem ist er in Hannover als Rechtsanwalt gemeldet und Teil der Bürogemeinschaft „Fromberg und Kollegen“. Zur Frage, ob er weiteren Beratertätigkeiten nachgehe, erteile er keine Auskunft, ließ Schröders Büro in Berlin gegenüber Lobbycontrol verlauten. Schröder hat, wie auch seine Vorgänger Helmut Kohl und Helmut Schmidt, ein Büro in einem Abgeordnetengebäude des Bundestages „Unter den Linden“. Dort sind noch immer seine langjährige Sekretärin Marianne Duden, seine Büroleiterin Sigrid Kramitz und seine "rechte Hand" aus dem Kanzleramt Albrecht Funk für ihn tätig.

Otto Schily: Vom Überwachungs-Minister zum Überwachungsfirmen-Aufsichtsrat

Ex-Innenminister Schily, der nach wie vor als Abgeordneter im Bundestag sitzt, stellt ebenfalls einen besonders delikaten Drehtür-Fall dar: In seiner Zeit als Minister setzte er sich massiv für die Einführung biometrischer Merkmale in Ausweispapieren ein. Nach seiner Ministerzeit wurde er Aufsichtsratsmitglied bei Byometric Systems AG (hier ruht sein Amt seit Mai 2007) und Aufsichtsratsmitglied und Anteilseigner bei SAFE ID solutions AG – beides Unternehmen, die

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

biometrische Anwendungen herstellen. Die Höhe seiner Nebeneinkünfte aus diesen Aufsichtsratsstätigkeiten teilt Schily der Öffentlichkeit weder in den „veröffentlichungspflichtigen Angaben“ beim Bundestag noch auf mehrfache Nachfrage von LobbyControl mit.

Hinzu kommen anwaltliche und Beratertätigkeiten: Schily ist als Rechtsanwalt in Berlin gemeldet und Inhaber der "Otto Schily Rechtsanwaltsgesellschaft mbH". Aus den Medien wurde seine Beratungstätigkeit für die Siemens AG bekannt, die für Aufsehen sorgte, weil Schily sich bis heute weigert, diese Nebentätigkeit gegenüber dem Bundestagspräsidenten anzuzeigen und sein Einkommen daraus offen zu legen. Weiterhin ist Schily seit Juni 2007 an der Beraterfirma "German Consult GmbH" beteiligt. Geschäftsführer der German Consult ist Peter Zühlsdorff, ein alter Bekannter Schilys: Im Jahr 2003 hatte Schily Zühlsdorff zum Olympia-Geschäftsführer der gescheiterten Leipziger Olympiabewerbung berufen; 2005 trafen sie sich im Beirat der Standort-Image-Kampagne „Land der Ideen“ wieder. Weder über die Höhe seiner Einkünfte aus seinen rechtlichen Beratungstätigkeiten noch über die Tätigkeitsfelder seiner Rechtsanwaltsgesellschaft und der German Consult erteilte Schily gegenüber LobbyControl Auskunft.

Clement: Viel beschäftigter "Privatier"

Ein besonders viel beschäftigter Mann ist Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement: Nachdem er als Minister tief greifende Arbeitsmarktreformen vorgenommen hatte, wechselte er nicht einmal ein Jahr nach Ende der rot-grünen Koalition in den Aufsichtsrat der Zeitarbeitsfirma "Deutsche Industrie Service AG" (DIS AG). Als diese vom schweizerischen Konkurrenten Adecco übernommen worden war, wurde er zum Vorsitzenden der firmeneigenen Denkfabrik "Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit" berufen. Außerdem ist er Aufsichtsratsmitglied beim Dienstleistungskonzern Dussmann, der Landau Media AG, bei RWE-Power und dem DuMont Verlag, sowie Vorsitzender im Beirat des Wissens- und Informationsdienstleisters Wolters Kluwer und Beiratsmitglied der US-Bank Citigroup. Seit Mai 2006 ist er zudem Mitglied im Konvent für Deutschland (KfD), einer elitären wirtschaftsnahen Lobbygruppe, die eine "Reform der Reformfähigkeit" propagiert, mit dem Ziel eines schlanken und wettbewerbsorientierten Staates mit reduzierten Sozialsystemen. Im Oktober 2007 übernahm er eine Gastprofessur an der NRW School of Governance. Nachfragen von LobbyControl zu einzelnen Tätigkeiten beantwortete Clement nicht. Über seine Mitarbeiterin in seinem Bonner Büro „Comm-Management & Communication“ ließ er mitteilen, er sei Privatier und habe keine Pflicht, sich für seine Tätigkeiten (für die er selbstverständlich bezahlt werde, wie jeder andere auch) zu rechtfertigen.

Matthias Berninger: Vom Verbraucherschutz zu „Mars“

Der ehemalige grüne Staatssekretär Matthias Berninger war im Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft unter anderen mit der Frage der "globalen Übergewichtsepidemie" beschäftigt. Seit Februar 2007 arbeitet er beim US-Nahrungsmittel- und Süßwarenkonzern Mars und ist in der Brüsseler

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

Europazentrale zuständig für die Bereiche Gesundheits- und Ernährungsfragen. Vom Amt als Landesvorsitzender der hessischen Grünen trat er zurück und auch sein Bundestagsmandat gab er zurück.

Revolving Door: Das Ex-Politiker-Netzwerk der Deutschen Bahn

Die Deutsche Bahn ist ein besonders interessantes Exemplar des Revolving-Door-Phänomens. Angesichts der von der Unternehmensführung angestrebten Privatisierung und Börsengang hat Konzernchef Mehdorn in den letzten Jahren mindestens ein Dutzend Ex-Politiker in sein Lobbynetzwerk integriert. Recherchen des ZDF-Politmagazins Frontal21 brachten eine illustre Runde aus ehemaligen Verkehrsministern von Bund und Ländern sowie eine Vielzahl von ehemaligen Beamten aus diesen Ministerien sowie Lokalpolitikern zu Tage. Hierzu gehören der Ex-Bundesverkehrsminister Reinhard Klimmt (SPD), die ehemaligen Landesverkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) NRW, Otto Wiesheu (CSU) Bayern, Hartmut Meyer (SPD) Brandenburg, Jürgen Heyer (SPD) Sachsen-Anhalt sowie der ehemalige bayrische Finanzminister Georg von Waldenfels (CSU).

Als ein besonders effektiver Bahn-Lobbyist erwies sich dabei Otto Wiesheu: Während der Verhandlungen des Koalitionsvertrags der großen Koalition war er CSU-Verhandlungsführer zum Thema Verkehr. Wie Frontal21 berichtete soll er maßgeblich dafür verantwortlich sein, dass aus der ursprünglichen Empfehlung zur Thematik Bahnprivatisierung das Wort „ob“ gestrichen wurde, so dass in der Endversion nur noch die Frage nach dem „wie“ auftauchte. Unmittelbar nach Beendigung der Koalitionsverhandlungen trat Wiesheu als Minister zurück und wurde in den Bahnvorstand berufen.

Skript der Frontal21-Sendung:

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/19/0,1872,7011539,00.html>

Extrem enge Verflechtungen zwischen Politik und Unternehmen gibt es auch in der Energiebranche. Einen sehr guten Überblick bietet das „Schwarzbuch Klimaschutz-verhinderer“ von Greenpeace:

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Verflechtung_Energiewirtschaft_Politik.pdf

Halsch: Vom Telekom-Aufsichtsrat im Namen des Staates zur Telekom-Tochter Vivento

Volker Halsch (SPD) war bis Anfang 2006 beamteter Staatssekretär im Finanzministerium und saß stellvertretend für dieses auch im Aufsichtsrat der Telekom. Seinen Antrag (gemäß § 42a BRRG und § 69a BBG), durch die Drehtür zur Tele-

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

kom Tochter Vivento zu wechseln, lehnte sein oberster Dienstherr, Finanzminister Peer Steinbrück, mit Verweis auf seine Mitgliedschaft im Telekom-Aufsichtsrat im April 2006 ab. Nachdem die zunächst auf ein Jahr lautende Sperrfrist abgelaufen war, wurde sein erneuter Antrag jedoch genehmigt, und Herr Halsch ist seit Februar 2007 Mitglied der Geschäftsleitung von Vivento und verantwortlich für die Bereiche Geschäftsaufbau und -management. Scheinbar hatte das Finanzministerium in diesem Fall das Bedürfnis, zumindest eine Mini-Karenzzeit anzuordnen. Anders sah es dies jedoch bei Halsch' Kollegen Caio Koch-Weser...

Koch-Weser: Fliegend zur Deutsche Bank

Im Gegensatz zu seinem Kollegen Halsch, hatte das Finanzministerium im von Caio Koch-Weser beantragten Wechsel vom Finanzministerium in den erweiterten Vorstand der Deutschen Bank in der Funktion eines Beraters im Januar 2006 keine Bedenken. Und dies, obwohl er als Staatssekretär und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) direkt mit Entscheidungen, die seinen neuen Arbeitgeber betreffen, befasst war. So hat die Deutsche Bank in der Zeit, als Koch-Weser Staatssekretär war, öffentliche Aufträge und Bürgschaften erhalten. Unter anderem unterzeichnete er eine Absicherung des Bundes für einen 500 Millionen Kredit der Deutschen Bank an Gazprom. Heute ist er der einzige Topmanager der Deutschen Bank ohne eigenen operativen Bereich aber trotzdem mit Millionengehalt.

Weiter ist Koch-Weser im Kuratorium der Bertelsmann-Stiftung, Mitglied des Stiftungsrates des Weltwirtschaftsforums und des Councils des ECFR (s. Abschnitt zu Fischer). Außerdem ist Koch-Weser Vorstandsmitglied von Bruegel, einer europäischen Denkfabrik, die von europäischen Regierungen und Großunternehmen getragen wird. Hier saß er zunächst als Vertreter des Bundesfinanzministeriums im Vorstand. Sein Seitenwechsel ließ den Bruegel-Vorstand unberührt – Koch Weser sitzt dort nun im Namen der Deutschen Bank¹.

Fischer: Geheimniskrämerei um „Fischer Consulting“

Joseph "Joschka" Fischer zog sich zunächst aus der Öffentlichkeit zurück und nahm eine Gastprofessur an der US-Elite-Universität Princeton an. Im Oktober 2007 gründete er mit weiteren europäischen Persönlichkeiten das European Councils on Foreign Relations (ECFR). Das ECFR, dessen Council Fischer angehört, ist ein Think Tank zum Thema Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Es entstand auf Initiative und unter dem Dach der „Open Society Foundation“, die zum Stiftungsnetzwerk des Milliardärs und bekannten Spekulanten George Soros gehört. Inzwischen hat Fischer außerdem eine eigene Beraterfirma, die "Joschka Fischer Consulting", gegründet. Wen er dort zu was berät, hat er jedoch weder dem Stern in einem Interview (Heft 41/2007) noch uns auf Nachfrage verraten.

¹ Weitere Informationen zu Bruegel finden sich in unserem lobbykritischen Stadtführer Lobby-Planet Brüssel (2007): www.lobbycontrol.de/blog/index.php/lobby-planet-bruessel

Schlauch: Ein bisschen Grün für EnBW

Rezzo Schlauch, vormals parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und Fraktionsvorsitzender der Grünen, sitzt seit Oktober 2005 im Beirat des Energieriesen Energie Baden-Württemberg (EnBW). EnBW gehört zur Hälfte dem französischen Atomstromkonzern EDF und betreibt in Deutschland zwei Atomkraftwerke. Er wolle sich im Beirat für die regenerativen Energien stark machen, erklärt Schlauch zu seiner Tätigkeit.

Außerdem hat Schlauch sich als Anwalt der Münchner Kanzlei Mayer & Kambli angeschlossen, wo er nach eigenen Angaben vor allem mit der Thematik der Mittelstandsfinanzierung betraut ist. Daneben ist er selbst noch als eigenständiger Anwalt aktiv, sitzt im Aufsichtsrat des Internet-Unternehmens Spreadshirt AG und ist als Berater für ein Entsorgungsunternehmen tätig. Bei der Beratung ginge es um ganz konkrete Dinge, wie z.B. Grundstückssuche, so Schlauch. Den Namen des Unternehmens wollte er LobbyControl allerdings nicht nennen. Er betreibe Netzwerkarbeit und bringe Leute aus der Wirtschaft, in der Wirtschaft zusammen. Dabei komme er auch mal mit einem Landrat oder Bürgermeister in Kontakt. Er betonte allerdings im Gespräch mit LobbyControl, dass er zu keiner Zeit bei den politischen Institutionen, für die er bisher tätig war - also Bundestag und Bundesregierung - vorstellig geworden sei.

Ruhenstroth: Agentur für Kommunikation und Strategie

Peter Ruhenstroth-Bauer war unter Gesundheitsministerin Renate Schmidt beamteter Staatssekretär (2002-2005) und davor Stellvertretender Chef des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung (1998-2002). Heute bietet er sein gesammeltes Insiderwissen und seine praktischen Erfahrungen über seine Agentur „Kommunikation und Strategie“ an. Politische Kommunikation und strategische Beratung sind die Schwerpunkte seiner Arbeit. Außerdem lehrt er an der Universität Koblenz/Landau zum Thema „Regierungskommunikation“.

Drehtür einmal andersherum: Von Bayers Steuerabteilung ins Finanzministerium

Die Drehtür ist keine Einbahnstraße. Fliegende Wechsel gibt es auch von Unternehmen in die Politik. Der Fall Zitzelsberger zeigt, wie gezielt diese Wechsel z.T. vorbereitet und für das Unternehmen nutzbar gemacht werden:

Im Mai 1999 wechselte Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger, langjähriger Chef der Steuerabteilung des Chemie-Riesen Bayer AG, als Staatssekretär ins Finanzministerium. Der damalige Bayer-Chef Manfred Schneider verkündete daraufhin den Aktionären auf der Hauptversammlung im April 1999 ganz unverfroren: „Wir haben unseren besten Steuer-Mann nach Bonn abgegeben. Ich hoffe, dass er so von Bayer infiltriert worden ist, dass er

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

[...] die richtigen Wege einleiten wird“. Im Finanzministerium war Zitzelsberger für Grundsatzfragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik zuständig und Vater der rot-grünen Unternehmenssteuerreform, die am 1. Januar 2001 in Kraft trat. Neben der Senkung der Körperschaftssteuer (von 40% auf 25% für einbehaltene Gewinne) sowie einer Reform der Gewerbesteuer (ab 2004) begeisterte die deutsche Großindustrie vor allem der Umstand, dass Kapitalgesellschaften vom Jahr 2002 an ihre Beteiligungen steuerfrei verkaufen konnten. Die Folgen für die Haushalte der Länder und Gemeinden und somit für die Allgemeinheit waren dramatisch: Allein das Land NRW musste nach Berechnungen des "Stern" rückwirkend für das Jahr 2001 rund 3,2 Milliarden Euro an Körperschaftsteuern zurückzahlen. NRWs damaliger Finanzminister Peer Steinbrück stellte fest: „Wir zahlen unter dem Strich mehr als wir einnehmen“. Der Bayer AG wurden im Jahr 2001 250 Millionen Euro Körperschaftssteuer erstattet, die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Leverkusen brachen ein, weil durch neu eröffnete Möglichkeiten der Gewinnverschiebung der Konzern in seiner Heimatstadt steuerrechtlich keine Gewinne mehr erzielte. Erst seit 2006 steigen die Gewerbesteuererinnahmen Leverkusens sehr langsam wieder an. Die Rechnung des Herrn Schneider scheint aufgegangen zu sein. Der „beste Steuermann“ hat seine Arbeit gut gemacht.

Übersicht über die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen der Stadt Leverkusen:
http://www.leverkusen.de/rathaus/finanzen/Leverkusener_Finanzen_07_NEU.pdf

Die geltenden Regelungen

Das Phänomen ist bekannt und sorgt insbesondere bei Wechseln von Spitzenpolitiker/innen immer wieder einmal für öffentliche Empörung. Dennoch ist bisher fast alles eine Frage des Geschmacks – oder Geschmäckles – denn es gibt kaum Regulierungen für die Wechsel zwischen Politik und Unternehmen. Lediglich für **beamtete Staatssekretär/innen** gilt: Sie müssen bis fünf Jahre nach Ende ihrer beamteten Tätigkeit ihrer obersten Dienststelle mitteilen, wenn sie eine neue Tätigkeit aufnehmen (Beamte im Altersruhestand nur drei Jahre). Die Dienststelle hat die Möglichkeit, die neue Tätigkeit zu untersagen, wenn dadurch „dienstliche Interessen“ gefährdet sind (§ 42a Beamtenrechtsrahmengesetz und § 69a Bundesbeamtengesetz). Allerdings gilt diese Regelung nur, solange der Beamte Versorgungsbezüge erhält. Wenn er sich über ein Verbot seiner ehemaligen Dienststelle hinwegsetzt, ist das auch die Strafe, die ihm droht: die Streichung seiner Beamtenbezüge. Im Klartext heißt das, er kann machen, was er will, wenn er auf diese Bezüge verzichtet, was bei einem entsprechend lukrativen Jobangebot kein schlechter Tausch sein muss.

Für **den scheidenden Kanzler/die Kanzlerin, Minister und parlamentarische Staatssekretäre** gibt es von vornherein keine Beschränkung, in Lobbyjobs oder in Unternehmen zu wechseln; für sie gibt es lediglich eine Verschwie-

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

genheitspflicht über ihnen in ihrem Amt bekannt gewordene Angelegenheiten (§ 6 Bundesministergesetz) .

Unter dem Eindruck der öffentlichen Empörung über die Wechsel einer Reihe von Spitzenpolitikern debattierte der Bundestag Anfang 2006 über die Einführung eines „Ehrenkodexes“ oder möglicher gesetzlicher Beschränkungen. Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die FDP brachten unterschiedliche Anträge ein, deren Forderungen von einer fünfjährigen Karenzzeit für scheidende Regierungsmitglieder (Die Linke, Bundestagsdrucksache (BT-Drs) 16/846), einem Ehrenkodex (B'90/Die Grünen, BT-Drs 16/948) bis zu einer zweijährigen Anzeigepflicht ähnlich der Regelung für Beamten (FDP, BT-Drs 16/677) reichten². Die Sache wurde an den Innenausschuss des Bundestages verwiesen. Bis heute gibt es keinen Termin, wann dieser die Angelegenheit weiter bearbeiten wird. Herausgekommen ist also noch nicht einmal ein Papiertiger, geschweige denn ein sinnvoller Ansatz, der Drehtür einen Riegel vorzuschieben.

Die Drehtür kreist auch auf der Beamtenebene

Das Prinzip der Revolving Door existiert nicht nur auf der Ebene von Ministern und Staatssekretären, sondern betrifft alle Ebenen der Ministerien sowie Bundesbehörden. Von der Einstellung einzelner Personen, die zuvor in den für das betreffende Unternehmen relevanten Ministerien oder Bundesbehörden gearbeitet haben, versprechen sich die Unternehmen Kontakte und Insiderwissen. Die Liste der Beispiele ist lang und keineswegs ein neues Phänomen:

Bevor **Walter Hohlenfelder** 1994 in die Energiewirtschaft wechselte, war er mit Unterbrechungen fast 20 Jahre in Landes- und Bundesministerien tätig; letzte Station war von 1986 bis 1994 die Tätigkeit als Ministerialdirektor im Bundesumweltministerium im Bereich Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und nukleare Entsorgung. Nach seinem Wechsel in die Energiebranche arbeitete er zunächst bei der VEBA AG, wurde dann in den Vorstand von PreussenElektra berufen und landete schließlich bei E.on. Seit April 2004 ist Hohlenfelder Präsident der Lobbyorganisation Deutsches Atomforum.

Den jüngsten Coup in Sachen Abwerbung eines einflussreichen Politakteurs gelang E.on. Der Energiekonzern konnte **Joachim Lang**, Leiter im Bereich Koordinierung der Europapolitik der Bundesregierung im Kanzleramt, als neuen Cheflobbyisten für Berlin gewinnen.

Ein besonders anrühiger Fall ist der Wechsel von **Bruno Thomauske** vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zum Energieriesen Vattenfall. Der Atomexperte, der 20 Jahre lang für das BfS arbeitete und u.a. für die Genehmigung für Zwischenlager sowie die Castortransporte zuständig

² Bundestagsdrucksachen unter: <http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

war, wechselte im Jahr 2003 zu Vattenfall und wurde dort technischer Geschäftsführer und Strahlenschutz-Verantwortlicher der Vattenfall Europe Nuclear Energy (VENE), die die Atomaktivitäten des Energiemultis koordiniert. D.h. Thomauske war nach seinem Seitenwechsel für die Zwischenlager Vattenfalls verantwortlich, die er zuvor als Verantwortlicher des BfS genehmigt hatte. Besonders brisant ist, dass nicht klar ist, ob Thomauske vor seinem offiziellen Wechsel zu Vattenfall im September 2003 bei Vattenfall schon unter Vertrag stand. Selbst dem BfS war der Wechsel nicht ganz geheuer: Nach dem Bekanntwerden (4. Juli 2003) seiner Wechselabsichten wurde Thomauske mit anderen Aufgaben betraut und die durch ihn erteilten Genehmigungen überprüft – ohne jedoch auf Hinweise der unzulässigen Einflussnahme zu Gunsten des Energiekonzerns zu stoßen. Allerdings ist anzunehmen, dass Vattenfall mit der Einstellung Thomauskes nicht die durch ihn erteilten Genehmigungen entlohnen wollte, sondern an das geballte Insiderwissen Thomauskes über das Amt gelangen wollte. Nach den jüngsten Störfällen in den AKWs Krümmel und Brunsbüttel wurde Thomauske am 16. Juli 2007 entlassen.

Fazit

Anhand unserer Untersuchung über den Verbleib des Kabinetts Schröder II und seiner Staatssekretäre werden folgende Punkte deutlich:

- 1) Das Ausmaß der Revolving-Door-Problematik ist erheblich. Ehemalige Regierungsmitglieder und Führungspersonen der Ministerialbürokratie wechseln in großem Umfang direkt nach Beendigung ihrer politischen Tätigkeit (oder parallel zur Fortführung ihres Bundestagsmandates) in Lobbytätigkeiten im engeren und weiteren Sinn. Die hier näher dargestellte Gruppe ist zudem nur ein kleiner Ausschnitt. Eine Reihe weiterer Fälle aus ehemaligen Bundes- und Landesregierungen sind bekannt.
- 2) Viele ehemalige Politiker zeigen sich sehr intransparent, was ihre neuen Tätigkeiten angeht. Immer wieder verweisen sie auf Anfrage oder in Interviews darauf, dass sie als Privatmann tätig und daher niemandem Rechenschaft schuldig seien. Formal mag dies zutreffen – dennoch lassen sich die Tätigkeiten von Ex-Spitzenpolitikern in ihrer Bedeutung und Wirkung nicht mit denjenigen einer beliebigen Privatperson gleichsetzen, sobald das Amt abgegeben wurde. Insbesondere bei Lobbytätigkeiten ehemaliger Politiker besteht daher ein berechtigtes öffentliches Interesse an Transparenz. Die Geheimniskrämerei der ehemaligen Amtsträger über ihre heutigen Tätigkeiten – und die mangelnde gesetzliche Verpflichtung zur Auskunft – verhindert, dass das Ausmaß der Lobbytätigkeiten und eine mögliche Verflechtung mit vorherigen Zuständigkeiten in vollem Umfang zu ermessen ist.

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

- 3) Die Ex-Politiker werden vor allem von Unternehmen, unternehmensnahen Stiftungen und Denkfabriken sowie Wirtschaftsverbänden angeworben. Nur vereinzelt gibt es Wechsel zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und (Groß-)Organisationen.
- 4) Der mit den fliegenden Wechseln verbundene privilegierte Zugang zu Insiderwissen und persönlichen Kontakten sichert, reproduziert und vertieft vorhandene Machtasymmetrien und verzerrt Politikprozesse zu Gunsten von Einzelinteressen.
- 5) Sowohl die betreffenden Ex-Politiker als auch das Parlament und die nachfolgende Regierung haben das Problem bisher trotz bisweilen massiver Empörung der Öffentlichkeit ausgesessen. Wenn auch ein Ehrenkodex das Problem nicht gelöst hätte, zeigt die Tatsache, dass die im Parlament angestoßene Initiative scheinbar in der untersten Schublade des Innenausschusses gelandet ist, wie gering das politische Interesse ist, die Sache ernsthaft anzugehen.

Unsere Forderungen

1) Karenzzeit

Wir fordern eine dreijährige Karenzzeit – eine Abkühlphase – für den/die KanzlerIn, die Minister, Staatsminister, parlamentarische und beamtete Staatssekretäre sowie Referatsleiter. Innerhalb dieser Karenzzeit muss ein Wechsel in Lobbytätigkeiten generell, also nicht nur im Bereich der zuvor bearbeiteten Fachgebiete, verboten sein. Dabei darf dieses Verbot nicht durch den Verzicht auf Beamten- oder sonstiger Rentenbezüge zu umgehen sein.

Zur Begründung:

Es ist weder ausreichend, einen nicht bindenden Ehrenkodex zu verabschieden, noch die neuen Tätigkeiten lediglich zu melden und das Verbot auf Bereiche zu beschränken, die im früheren Zuständigkeitsbereich des ausscheidenden Politikers liegen.

Ein Ehrenkodex erfasst das Problem schon begrifflich nur schlecht, denn es geht nicht nur um individuelles Fehlverhalten oder "Ehre", sondern um strukturellen Einfluss finanzstarker Interessengruppen oder Unternehmen. Zudem scheinen sich die betreffenden Politiker bei den bisherigen Wechseln auch nicht allzu sehr um ihre Ehre gesorgt zu haben, wenn man die öffentlichen Empörung betrachtet, die sie einfach ignoriert und ausgesessen haben. Eine Anzeigepflicht führt zwar möglicherweise zu größerer Transparenz, erlaubt aber im Kern die unveränderte Fortsetzung der bisherigen Praxis.

Ein eng auf die früheren Tätigkeitsbereiche beschränktes Verbot würde das Ausmaß der Problematik verkennen. Denn es geht nicht nur um direkte Vorteils-gewährung während der politischen Amtszeit, die nach deren Ende mit einem

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

lukrativen Job belohnt werden. Mindestens ebenso bedeutend ist der privilegierte Zugang zu Entscheidungsträgern und Insiderwissen, über die frisch ausgeschiedene Minister oder Staatssekretäre auch in Bereichen verfügen, in denen sie nicht unmittelbar tätig waren.

Daher kann nur eine verpflichtende und umfassende Regulierung die Verfestigung und Vertiefung der privilegierten Position von ökonomisch potenten Interessengruppen und Unternehmen bremsen. Nach drei Jahren dürften die aus fachlichen und geschäftlichen Gründen entwickelten persönlichen Kontakte deutlich abgeschwächt sein, weil Manager und Amtsträger sich in dieser Zeit anderen und neuen Personen zuwenden müssen.

2) Unabhängiges Kontrollgremium

Wir fordern die Einrichtung eines unabhängigen Gremiums, das sowohl die Tätigkeiten ausscheidender Regierungsmitglieder und ihrer oberen Ministerialebene während der Karenzzeit als auch die Offenlegungspflichten im Lobbyistenregister überwacht. Das Gremium muss mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften ausgewogen besetzt sein. Analysen und Entscheidungsprozesse (z.B. Abstimmungsergebnisse) müssen veröffentlicht werden.

Zur Begründung:

Zur Zeit entscheidet bei aus dem Dienst scheidenden Beamten die letzte oberste Dienststelle – also der ehemalige Vorgesetzte oder dessen Nachfolger – über die Aufnahme einer neuen Tätigkeit. Würde die Regelung auf die Minister und parlamentarischen Staatssekretäre ausgeweitet, würde der direkte Amtsnachfolger über die berufliche Zukunft seines Vorgängers entscheiden. Misstrauen in die Objektivität dieser Entscheidung ist vorprogrammiert und angesichts von Fällen wie dem nicht unterbundenen Wechsel von Caio Koch-Weser zur Deutschen Bank (s.o.) berechtigt. Zur Kontrolle und Beurteilung von Streitfällen ist daher ein neu zu schaffendes Gremium nötig, das das Vertrauen in seine Objektivität verdient.

3) Lobbyisten-Register

Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden Lobbyisten-Registers, in dem Lobbyisten ihre Auftraggeber und Kunden, ihre Finanzquellen und Budgets sowie die Themen ihrer Lobbyarbeit offen legen müssen.

Zur Begründung:

Die Geheimniskrämerei von ausgeschiedenen Regierungsmitgliedern wie Herrn Fischer, Herrn Schily oder Herrn Clement macht die Notwendigkeit eines Lobbyistenregisters deutlich. Die ehemaligen Spitzenpolitiker halten es nicht für nötig, offen zu legen, für wen und in welcher Angelegenheit sie ihre Kontakte und ihr Insiderwissen aus ihrer politischen Tätigkeit einsetzen. Sie reihen sich damit ein in den undurchsichtigen Lobbydschunzel Berlins, über den niemand sagen kann, wie viele Lobbyisten ihn in wessen Auftrag, mit welchem Ziel und mit welchen

Fliegende Wechsel – 15. November 2007

finanziellen Mitteln durchstreifen³. Ein Lobbyistenregister, wie es zur Zeit auch in Brüssel diskutiert und 2008 – leider nur als freiwillige Variante – auf den Weg gebracht wird, ist nötig, um für mehr Durchblick zu sorgen. Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, welche Akteure in wessen Interesse und mit welchem Budget Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen suchen.

Ausblick

Im Herbst 2009 stehen die nächsten Bundestagswahlen und damit ein möglicher erneuter Regierungswechsel oder die Veränderung des Kabinetts an. Es ist vorprogrammiert, dass die Drehtür in den Monaten danach wieder rotieren wird und die scheidenden Regierungsmitglieder und Staatssekretäre in lukrative und strategisch wichtige Positionen in Unternehmen oder Verbänden befördert. Jetzt ist Gelegenheit zu handeln: Das Parlament muss sich der Thematik stellen, die begonnene Debatte wieder aufgreifen und die notwendigen Regulierungen erarbeiten.

Leider haben die vielen in der Öffentlichkeit z.T. heftig kritisierten Fälle – nicht nur aus dem letzten Schröder-Kabinett, sondern auch aus früheren Bundesregierungen und aus Landesregierungen – und der Stillstand seit Abflauen der öffentlichen Empörung gezeigt, dass der politische Wille fehlt, das Drehtür-Phänomen ernsthaft anzugehen. Ein Aufbrechen der engen Verflechtungen zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten ist von PolitikerInnen in Parlament und Regierung ohne massiven öffentlichen Druck nicht zu erwarten. Die tiefer liegende Problematik sich reproduzierender Machtungleichgewichte verlangt zudem mehr als einen rechtlichen Regulierungsrahmen. Hier ist eine breite Demokratiebewegung gefragt, die wachsam und fordernd ist.

Dieses Papier soll einen Anstoß geben, die Diskussion um das Drehtür-Phänomen wieder in die Öffentlichkeit zu tragen und grundlegender anzugehen, als dies bisher geschah. Wir freuen uns, wenn es JournalistInnen zu tiefer gehenden Nachforschungen und Bürgerinnen und Bürger zu kritischen Nachfragen (z.B. bei ihren lokalen Abgeordneten nach dem Stand der parlamentarischen Diskussion zum Thema Politiker-Wechsel) anregt.

³ Die beim Bundestag geführte „Verbändeliste“ erfüllt in keiner Weise die Funktion eines Lobbyisten-Registers. Es führt nur Verbände auf; es erfasst weder die Lobbyisten einzelner Unternehmen noch Lobby-Agenturen oder selbstständige Lobbyisten. Zudem liefert es keine Informationen über Kunden und Finanzquellen.



Initiative für Transparenz und Demokratie

kurzstudie

- 15. November 2007

Impressum

Die Studie ist eine eigenständige Untersuchung von LobbyControl. LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflussstrategien in Deutschland und der EU aufklären will.

LobbyControl- Initiative für Transparenz und Demokratie

Friedrichstr. 63

50676 Köln

Tel: 0221/ 169 65 07

Fax: 0221/ 169 22 660

E-Mail: kontakt@lobbycontrol.de

Web: www.lobbycontrol.de

LobbyControl wird gefördert durch die

Bewegungs-
stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Der Lobbyismus hat es dringend nötig, dass ihm jemand auf die Finger schaut. Unterstützen Sie uns dabei! **Mit einer Spende von 10 €, 20 €, 50 € helfen Sie uns, die unabhängige Arbeit von LobbyControl zu sichern.** Als gemeinnütziger Verein können wir Ihnen für Ihre Spende natürlich eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung ausstellen.

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

BLZ: 37020500 - Konto: 8046200

Informationen zu unserer Finanzierung finden Sie unter www.lobbycontrol.de.

Sie können auch Fördermitglied von LobbyControl werden. Mehr Informationen dazu unter <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/spenden/>. Oder schreiben Sie uns – wir schicken Ihnen gerne die nötigen Unterlagen.

Anhang: Kabinett Schröder II - 22. Oktober 2002 bis 18. Oktober 2005
vom 18. Oktober bis 22. November 2005 mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt

Grobe Zuordnung (siehe Erläuterung S. 3 unten):

- 1 = Lobbytätigkeiten oder Tätigkeiten mit starkem Lobbybezug
- 2 = Tätigkeiten, die Lobbyaspekte beinhalten
- 3 = weiterhin in der Regierung
- 4 = Tätigkeit in politischer oder öffentlicher Institution / Verwaltung
- 5 = Sonstige (v.a. pensioniert)

Amt	Name	Partei	Heute	Zuordng.
Bundeskanzleramt	Gerhard Schröder	SPD	Seit Dezember 2005: Aufsichtsratsvorsitzender Nord Stream AG, einem joint venture Unternehmen, das zu 51% Gazprom und zu je 24,5% BASF und E.on gehört; seit Januar 2006: Berater der Verlagsgruppe Ringier AG; Mitglied im Europäischen Beirat der Rothschild-Investmentbank - Beratung in internationalen Fragen; weitere Beratertätigkeiten, u.a. für RAG; Mitglied der Rechtsanwalts-Bürogemeinschaft „Fromberg und Kollegen“	1
Staatsminister	Rolf Schwanitz	SPD	Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium; MdB	3
Kulturstatsministerin	Dr. Christina Weiss	parteilos	Seit Juli 2006: Honorarprofessorin der Saar-Uni; seit März 2006: Mitglied im Stiftungsrat der Schering-Stiftung; diverse ehrenamtliche Engagements im Kunst- und Kulturbereich	5
Auswärtiges Amt	Joseph "Joschka" Fischer	Grüne	Wintersemester 2006: Gastprofessor an der Princeton University und senior fellow beim Liechtenstein Institute der Woodrow Wilson School; Oktober 2007: Gründungsmitglied und Vorstand beim European Council on Foreign Relations (ECFR), einem Think Tank zur Ausarbeitung und Förderung einer Gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP); 2007 Gründung der Beraterfirma „Joschka Fischer Consulting“	1
Staatsminister	Hans Martin Bury	SPD	Seit 2005: Managing Director im Lehman Brothers Investment Bankhaus AG: Betreuung in Fragen der Privatisierung öffentlicher Sektoren/Infrastruktur	1

Staatsministerin	Kerstin Müller	Grüne	MdB; diverse Mitgliedschaften in Beiräten, Kuratorien und Präsidien (Deutsche Welle, Stiftung Wissenschaft & Politik, Max-Planck-Institut, UNICEF, DGAP)	4
Beamteter Staatssekretär	Jürgen Chrobog		Juni 2005: Pensioniert; seit Juli 2005: Vorstandsvorsitzender der „BMW-Stiftung Herbert Quandt“, die u.a. internationale Konferenzen zur Vernetzung von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien organisiert wie den Munich Economic Summit	1
Beamteter Staatssekretär	Klaus Scharloth		Botschafter in London	4
Bundesministerium des Inneren	Otto Schily	SPD	MdB; Aufsichtsratsmitglied der Byometric systems AG (am 15.5.07 Amt niedergelegt); seit August 2006: Aufsichtsratsmitglied und Beteiligung bei SAFE ID solutions AG; März bis September 2007: rechtliche Beratung Siemens AG; seit Juni 2007: Beteiligung bei German Consult GmbH (Geschäftsführer: Peter Zühlsdorf), die eine wirtschaftliche und finanzielle Beratung von Unternehmen und Einzelpersonen anbietet; seit März 2006: Otto Schily Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	1
Parl. Staatssekretär	Fritz Rudolf Körper	SPD	MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion; Mitglied des Rundfunkrates der Deutschen Welle	4
Parl. Staatssekretärin	Ute Vogt	SPD	Landtagsabgeordnete Baden Württemberg	4
Beamteter Staatssekretär	Göttrik Wewer		Bis Januar 2006 im Amt; Staatsrat in Bremen, Senator für Bildung und Wissenschaft	4
Beamteter Staatssekretär	Lutz Diwell		Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz	3
Bundesministerium der Justiz	Brigitte Zypries	SPD	Weiterhin Justizministerin	3
Parl. Staatssekretär	Alfred Hartenbach	SPD	Weiterhin Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz	3
Beamteter Staatssekretär	Hansjörg Geiger	keine	2005 in einstweiligen Ruhestand versetzt; seit 2003 Honorarprofessur Frankfurt a.M.	5

Bundesministerium der Finanzen	Hans Eichel	SPD	MdB, Vorsitzender des Parlamentarischen Gesprächskreis Transrapid; Mitglied des Aufsichtsrats der MP Marketing Partner AG; Mitglied im Steering Komitee des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung	4
Beamteter Staatssekretär	Caio Koch-Weser		Seit Januar 2006: Vice Chairman Deutsche Bank; Mitglied des Kuratoriums der Bertelsmann-Stiftung; Mitglied des Stiftungsrats des World Economic Forum; Vorstandsmitglied des BRUEGEL ThinkTanks; Mitglied im European Council on Foreign Relations (ECFR)	1
Beamteter Staatssekretär	Volker Halsch (noch 2006 im Amt)	SPD	Seit Februar 2007: Mitglied der Geschäftsleitung der Telekom Tocher Vivento	1
Beamteter Staatssekretär	Gerd Ehlers		Seit Dezember 2005: Geschäftsführer der "Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH"; Oktober 2004 bis Mai 2006: Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Post AG	4
Parl. Staatssekretär	Karl Diller	SPD	weiterhin Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen; MdB	3
Parl. Staatssekretärin	Dr. Barbara Hendricks	SPD	weiterhin Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen; MdB	3
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	Wolfgang Clement	SPD	Mitglied im Aufsichtsrat der Zeitarbeitsfirma "Deutsche Industrie Service AG" (DIS AG); Vorsitz der Forschungseinrichtung/ThinkTank "Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit"; seit Dezember 2005: Aufsichtsratsmitglied beim Dienstleistungskonzern Dussmann; seit Januar 2006: Mitglied im Aufsichtsrat Landau Media AG; seit Februar 2006: Aufsichtsratsmitglied RWE-Power; Seit März 2006 Vorsitzender im Beirat des Wissens- und Informationsdienstleisters Wolters Kluwer; Seit Mai 2006: Mitglied beim Konvent für Deutschland; seit Juni 2006: Aufsichtsratsmitglied DuMont Schauberg Verlag; Beiratsmitglied bei der US-Bank Citigroup.	1
Parl. Staatssekretär	Gerd Andres	SPD	weiterhin Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium; MdB	3
Parl. Staatssekretär	Dr. Ditmar Staffelt		MdB; Ehrenamtliches Mitglied im Verwaltungsrat des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED); Mitglied im Beirat der AERO PLACEMENT GmbH	4

Parl. Staatssekretär	Rezzo Schlauch	Grüne	Seit Oktober 2005: Mitglied im Beirat von EnBW (Energie Baden-Württemberg); seit Dezember 2005: Rechtsanwalt, Kooperation mit Münchner Anwaltskanzlei Mayer & Kambli; seit September 2006: Aufsichtsratsvorsitzender der Spreadshirt AG; Berater für ein ungenanntes Entsorgungsunternehmen	2
Beamteter Staatssekretär	Rudolf Anzinger		Seit 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales	3
Beamteter Staatssekretär	Georg-Wilhelm Adamowitsch		zunächst weiter Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft; seit September 2007: Koordinator der EU für Energieinfrastrukturprojekte	4
Beamteter Staatssekretär	Bernd Pfaffenbach		weiterhin Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, G8-Berater von Merkel	3
Bundesministerium für Verbraucher-schutz, Ernährung und Landwirtschaft	Renate Künast	Grüne	MdB; Vorsitzende Bündnis90/DieGrünen	4
Parl. Staatssekretär	Dr. Gerald Thalheim	SPD	Seit Februar 2006: Agrarpolitischer Berater für den Mitteldeutschen Genossenschaftsverband (Betreuung und Interessenvertretung von Genossenschaften)	1
Parl. Staatssekretär	Matthias Berninger	Grüne	Bis Februar 2007 MdB und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen Fraktion; seit Februar 2007 Leiter der Bereiche Gesundheits- und Ernährungsfragen in der Euro-pazentrale des US-Nahrungsmittelkonzerns "Mars Inc." in Brüssel	1
Beamteter Staatssekretär	Alexander Müller		Seit 2006 Stellvertretender Generaldirektor der Food and Alimentation Organisation (FAO) in Rom	4
Bundesministerium der Verteidigung	Dr. Peter Struck	SPD	MdB; Fraktionsvorsitzender der SPD; Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Allgemeinen Hospitalgesellschaft AG (AHG)	4
Beamteter Staatssekretär	Peter Eickenboom		weiterhin Staatssekretär im Verteidigungsministerium	3
Beamteter Staatssekretär	Peter Wichert		weiterhin Staatssekretär im Verteidigungsministerium	3
Parl. Staatssekretär	Walter Kolbow	SPD	MdB; Fraktionsvize der SPD	4
Parl. Staatssekretär	Hans Georg Wagner	SPD	Pensioniert; Ehrenamtlicher Vorsitzender des „Bund deutscher Baumeister“	5

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Renate Schmidt	SPD	MdB; diverse ehrenamtliche Tätigkeiten	4
Parl. Staatssekretärin	Marieluise Beck	Grüne	MdB; Vorstandsmitglied Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.	4
Parl. Staatssekretärin	Christel Riemann-Hanewinkel	SPD	MdB; ehrenamtliches Mitglied in verschiedenen sozialen Einrichtungen	4
Beamteter Staatssekretär	Peter Ruchenstroth-Bauer		Eigene Agentur für Kommunikation und Strategie; Lehrauftrag an Uni Koblenz/Landau mit Schwerpunkt „Regierungskommunikation“	1
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung	Ulla Schmidt	SPD	weiterhin Gesundheitsministerin; MdB	3
Parl. Staatssekretärin	Marion Caspers-Merk	SPD	weiterhin Parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium; MdB	3
Parl. Staatssekretär	Franz Thönnies		Parlamentarischer Staatssekretär im BM für Arbeit und Soziales; MdB. Ehrenamtliches Mitglied des deutsch-norwegischen Beirats der E.ON Ruhrgas AG	3
Beamteter Staatssekretär	Klaus Theo Schröder		Weiterhin Staatssekretär im Gesundheitsministerium; MdB	3
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Manfred Stolpe	SPD	Ab 2002 Aufsichtsratsmitglied bei der Deutsche Energieagentur GmbH (dena) – nicht mehr tätig; Vorstandsmitglied Petersburger Dialog; Mitglied des Kuratoriums Deutsch-Russisches Forum;	5
Parl. Staatssekretärin	Iris Gleicke	SPD	MdB; Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD	4
Parl. Staatssekretär	Achim Großmann	SPD	Weiterhin Parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium; MdB	3
Parl. Staatssekretär	Angelika Mertens	SPD	Seit Mai 2006: Ehrenamtliche Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes	5
Beamteter Staatssekretär	Tilo Braune		Seit 2003 Ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Tourismusverbandes; z.Z. keine hauptberufliche Tätigkeit	5

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Jürgen Trittin	Grüne	MdB; Vizefraktionsvorsitzender der Grünen	4
Parl. Staatssekretärin	Simone Probst	Grüne	Seit Oktober 2007: Mitglied im Aufsichtsrat von Techem (Energiedienstleister); seit Januar 2007 ehrenamtliche Präsidentin des Bundesverbandes Geothermie (GtV-BV); Beratung der Universität Paderborn; Medienberichte über einen angeblichen Beratervertrag bei E.ON waren laut Probst und E.ON eine Zeitungsente.	2
Parl. Staatssekretärin	Margareta Wolf	Grüne	MdB	4
Beamteter Staatssekretär	Rainer Baake	Grüne	Seit September 2006: Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe	1
Bundesministerium für Bildung und Forschung	Edelgard Bulmahn	SPD	MdB; Mitglied in den Kuratorien der TU Berlin, der Deutsche Telekom Stiftung und der Volkswagen Stiftung	4
Parl. Staatssekretär	Christoph Matschie <i>bis 1. Juli 2004</i>	SPD	Seit 2004 MdL in Thüringen; Fraktionschef der SPD im Thüringer Landtag	4
Parl. Staatssekretär	Ulrich Kasparick; <i>seit 1. Juli 2004</i>	SPD	Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; MdB	3
Beamteter Staatssekretär	Dr. Wolf-Dieter Dudenhausen		Pensioniert; Aufsichtsratsvorsitzender der Nanolay AG; Vorstandsvorsitzender Ernst Abbe Stiftung (Forschungsförderung in Thüringen)	2
Beamteter Staatssekretär	Wolf-Michael Catenhusen		1998-2002 Parlamentarischer Staatssekretär; ab Juli 2003 bis Dezember 2005 beamteter Staatssekretär, dann in einstweiligen Ruhestand versetzt; Stellv. Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung	5
Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Heidemarie Wieczorek-Zeul	SPD	Weiterhin Ministerin, MdB	3
Parl. Staatssekretärin	Dr. Ursula Eid	Grüne	MdB; diverse ehrenamtliche Ämter	4
Beamteter Staatssekretär	Erich Stather		Weiterhin Staatssekretär im Entwicklungsministerium	3